

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP 1. Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören

Der Vorsitzende eröffnet die zweite Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2013 – 2018 und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, die Inspektoren-Anwärterinnen und -Anwärter der Hansestadt Lübeck, einen Vertreter der Presse sowie die Öffentlichkeit.

Der Vorsitzende begrüßt außerdem Herrn Jugert als Mitglied des Seniorenbeirats sowie Frau Bade als Beauftragte für Menschen mit Behinderung.

Frau Siebdrat fehlt entschuldigt; für sie ist Herr Candan anwesend.

Frau Akyurt fehlt ebenfalls entschuldigt und wird durch Frau Kehl vertreten.

Für Herrn Thalau, der ebenfalls entschuldigt abwesend ist, ist Frau Keusch erschienen.

Der Vorsitzende verpflichtet gemäß § 46 Abs. 6 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein Frau Gersdorf, Frau Roepke und Frau Kehl durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt sie in ihr Amt ein.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer

☐ FG 11

☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21

☐ FG 22

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

FB 3: ☐ FG 31

☐ FG 32

☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang

☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung

☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer

☐ FG 11

☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21

☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31

☐ FG 32

☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang

☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung

☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP 3. Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende führt aus, im Nachgang zur Tagesordnung sei den Mitgliedern des Ausschusses am 01.11.2013 die Vorlage „Haushaltssatzung 2014 mit Stellenplanänderungen 2014“ übersandt worden.

Die Verwaltung bitte um Aufnahme dieser Vorlage per Dringlichkeit auf die Tagesordnung.

Herr Senator Schindler begründet die Dringlichkeit damit, die Vorlage sei erst am 30.10.2013 durch den Senat beraten und in ALLRIS freigegeben worden; die Vorlagen zu TOP 7.4 „Produkthaushaltsplan 2014 mit Stellenplanänderungen 2014 für den Fachbereich Wirtschaft und Soziales“ und TOP 7.5 „Finanzplan/Investitionstätigkeiten 2014 – 2017“ seien Bestandteil der Haushaltssatzung 2014 und müssten demzufolge zusammen mit dieser Vorlage beraten werden.

Der Vorsitzende lässt über die Dringlichkeit abstimmen.

Der Ausschuss beschließt die Erweiterung der Tagesordnung im Rahmen der Dringlichkeit einstimmig.

Die Vorlage wird unter TOP 7.6 in die Tagesordnung aufgenommen.

Es besteht Einverständnis darüber, die Tagesordnungspunkte

- 6.1 „Stand der wirtschaftlichen Sanierung der SIE“ (SeniorInnenEinrichtungen der HL),
- 7.1 „Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2012“,
- 7.2 „Über- und außerplanmäßige Bewilligungen von Haushaltsmitteln zur nachträglichen haushaltsmäßigen Ordnung und Bilanzierung von Verbindlichkeiten von Verlustzuweisungen für die SeniorInneneinrichtungen für die Jahre 2010 bis 2012 nach Eigenbetriebsverordnung (EigVO) und
- 7.3 „Wirtschaftsplan 2014 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen“

gemeinsam zu beraten.

Ebenso besteht Einverständnis über eine gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte

- 7.4 „Produkthaushaltsplan 2014 mit Stellenplanänderungen 2014 für den Fachbereich Wirtschaft und Soziales“,
- 7.5 „Finanzplan/Investitionstätigkeiten 2014 – 2017“ und
- 7.6 „Haushaltssatzung 2014 mit Stellenplanänderungen 2014.

Unter dem TOP 9 – „Mitteilungen aus dem Fachbereich 2“ werden heute weiterhin zu folgenden Themen Mitteilungen gegeben:

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

9.2 Asylsuchende in Lübeck

9.3 Prognostizierte Entwicklung im sozialen Wohnungsbau in den nächsten Jahren

9.4 Information zum angekündigten Bereichsreport.

Der Ausschuss kommt der Bitte von Frau Jansen nach, den Tagesordnungspunkt 11.2 „KISS“ im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 6.2 „Zwischenergebnisse Modellprojekt Bürgerarbeit“ zu beraten.

Die Tagesordnung ist damit festgestellt.

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer

☐ FG 11

☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21

☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31

☐ FG 32

☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang

☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung

☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP 4. Feststellung der Niederschrift vom 03.09.2013

Zur Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Soziales am 03.09.2013 wurden folgende Einwendungen erhoben:

„Einwände von Natalie Regier, sozialpolitische Sprecherin der BfL-Fraktion, gegen die Niederschrift des Ausschusses für Soziales, Sitzung am 03.09.2013

1. Zum Punkt 3: Feststellung des Tagesordnung:

Das Abstimmungsergebnis zum Dringlichkeitsantrag der Ausschussmitglieder Frau Menorca und Herrn Schaffenberg zum Thema „Angebot Senioren- und Freizeitpass“. Hier hatte Frau Regier gegen die Dringlichkeit gestimmt. Dies ist nicht als Gegenstimme verzeichnet.

2. Zum Punkt 6.3: Gesamtstädtische Auswirkungen der Änderung des § 25 Abs. 3 Kindertagesstättengesetz Schleswig-Holstein (KitaG)

Vorlage: VO/2013/00799

Frau Regier hatte Senator Schindler darauf hingewiesen, dass der Bürgermeister sich bei der Landesregierung für die Kostenübernahme (hier Auswirkungen des Kindertagesstättengesetzes Schleswig-Holstein) durchs Land einsetzen soll.

3. Zum Punkt 7.1.1.:Antrag Ausschussmitglied Natalie Regier Zu VO/2013/00698Frauenförderplan bei den SIE - Fortschreibung des Rahmenplanes Vorlage: VO/2013/00838

Die Begründung des Antrags von Natalie Regier fehlt komplett. Das Protokoll soll ergänzt werden: „In der Anlage 4 wird als Handlungsfeld von der Verwaltung eine Teilzeitausbildung zur Altenpflegerin für „Frauen und allein erziehende Frauen“ vorgeschlagen. Bei dieser Ausbildung sollen auch die Männer berücksichtigt und gefördert werden, da gerade in den unteren Entgeltgruppen die Frauenquote mehr als erfüllt ist.“

Frau Sasse unterstützte diesen Antrag.“

Der Vorsitzende erklärt, die Ausführungen von Frau Regier seien geprüft worden und schlägt vor,
den Einwendungen zu Ziffer 1. und 2. stattzugeben und
die Einwendung zu Ziffer 3. abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Einwendungen unter Ziffer 1. und 2. stattzugeben.

Der Ausschuss beschließt einstimmig bei 10 Ja-Stimmen und 5 Stimmenenthaltungen, die Einwendung unter Ziffer 3. abzulehnen.

Darüber hinaus wurden im Vorwege der heutigen Sitzung keine Einwendungen erhoben. Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine weiteren Einwände vorgetragen.

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

Die Niederschrift Nr. 1 ist damit in geänderter Fassung festgestellt.

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1 ☐ Fachbereich 2 ☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer ☐ FG 11 ☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21 ☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31 ☐ FG 32 ☐ FG 33

mit der Bitte um:

- ☐ zum Vorgang ☐ Rücksprache
- ☐ Erledigen mit Rückmeldung ☐ Wiedervorlage zum: _____
- ☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP 5. Mitteilung des Vorsitzenden

5.1 Dezember-Sitzung

Gemäß Tradition des Ausschusses für Soziales ist es auch in diesem Jahr wieder vorgesehen, das Arbeitsjahr mit einem gemütlichen Beisammensein nach Beendigung der Sitzung am 03.12.2013 abzuschließen. Die diesjährige Dezember-Sitzung wird in der SeniorInnenEinrichtung Am Behnckenhof stattfinden. Der Obolus für das Weihnachtsessen beträgt 12,00 Euro pro Person. Der Vorsitzende bittet darum, den Betrag vor Ort passend vorzuhalten und bei Nichtteilnahme unbedingt eine Mitteilung an die Geschäftsstelle zu geben, damit eine genaue Planung, auch für die Küche der SeniorInnenEinrichtung, möglich ist. Geplant ist, die Ausschusssitzung um ca. 18.00 Uhr zu beenden und vor dem Abendessen gemeinsam die Räumlichkeiten der Einrichtung zu besichtigen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

5.2 Zeitschrift „Gesunde Städte-Nachrichten“

Vor Sitzungsbeginn wurde den Ausschussmitgliedern die neueste Ausgabe der „Gesunde Städte-Nachrichten“ umverteilt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

5.3 Weihnachtsfeste in den SeniorInnenEinrichtungen

Vor Sitzungsbeginn wurden den Mitgliedern des Ausschusses die Termine der Weihnachtsfeste der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck umverteilt. Der Vorsitzende bittet, zahlreich an den Veranstaltungen teilzunehmen und Frau Roggensack die Teilnahme möglichst vorher anzuzeigen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

5.4 Termininformationen

Vor Sitzungsbeginn wurde eine Termininformation für die nächste Sitzung des Ausschusses umverteilt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer

☐ FG 11

☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21

☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31

☐ FG 32

☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang

☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung

☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP 6. Berichte

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1 ☐ Fachbereich 2 ☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer ☐ FG 11 ☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21 ☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31 ☐ FG 32 ☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang ☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung ☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP 6.1. Stand der wirtschaftlichen Sanierung der SIE (SeniorInneneinrichtungen der HL)

VO/2013/00908

Gemeinsame Beratung mit TOP 7.1, 7.2 und 7.3

Herr Kaminski stellt seinen Zwischenbericht zum Stand der wirtschaftlichen Sanierung der SeniorInneneinrichtungen kurz vor.

Die Sanierung habe erste Erfolge gebracht.

Das Haushaltsjahr 2012 sei mit einem Zuschussbedarf von rd. 1,563 Mio.€ abgeschlossen worden. In diesem Zusammenhang verweist Herr Kaminski auf die Vorlage zu TOP 7.1.

Der voraussichtliche Jahresverlust 2013 belaufe sich auf 942.000 € (Vorlage zu TOP 7.2), im Jahre 2014 auf rd. 877.000 € (Vorlage zu TOP 7.3) und in den kommenden Jahren auf ca. 800.000 €.

Auf die Frage von Frau Regier, welche Sparmaßnahmen geplant seien, verweist Herr Kaminski im Wesentlichen auf

- den Personalbereich (Schaffung von EG 1-Stellen)
- das Wiederaufgreifen eines Altersteilzeitprogramms (Abfrage in der Belegschaft läuft) sowie auf
- die energetische Begutachtung der Häuser.

Außerdem beantwortet Herr Kaminski eine Frage von Frau Regier zu den Vergleichszahlen der Vorlage TOP 7.1, Anlage 1, Seite 5 (hier: betriebliche Aufwendungen).

Frau Menorca lobt die gute Lesbarkeit des Berichtes sowie der einzelnen Vorlagen.

Man sei „am Ende der Fahnenstange mit den Einsparungen“.

Herr Kaminski erklärt auf Nachfrage von Frau Menorca, die Schließung einzelner Häuser komme aufgrund der Mietbindung frühestens im Jahre 2019 in Frage; die diesbezüglichen Planungen müssten bereits Mitte/Ende nächsten Jahres beginnen.

Herr Schaffenberg bedankt sich für die Ausarbeitung des Berichtes und der Vorlagen.

Einer Privatisierung oder Abwicklung werde seine Fraktion nie zustimmen.

Der Ausblick auf das Jahr 2014 zeige im Hinblick auf das Berger-Gutachten einen großen Schritt nach vorne.

Herr Senator Schindler spricht Herrn Kaminski, dem Personalrat, der Belegschaft mit insgesamt 546 Mitarbeitern sowie der Verwaltung der SeniorInneneinrichtungen seinen Dank aus.

Der Zuschussbedarf pro Mitarbeiter belaufe sich für das Jahr 2014 auf ca. 1.500-1.600 € und sei damit wesentlich niedriger als in anderen Betrieben.

Neue Daten und Fakten stellt Herr Senator Schindler für das Frühjahr 2014 in Aussicht.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zu TOP 6.1 zur Kenntnis.

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer ☐ FG 11 ☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21 ☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31 ☐ FG 32 ☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang ☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung ☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP 6.2. Zwischenergebnisse Modellprojekt Bürgerarbeit

Vor Sitzungsbeginn wurde eine Tischvorlage an die Mitglieder des Ausschusses verteilt, die dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt ist.

Herr Tag berichtet auf der Grundlage dieser Tischvorlage und beantwortet Fragen von Herrn Stabe, Frau Regier und Frau Jansen.

Eine Liste der Bürgerarbeitsplätze ist dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer

☐ FG 11

☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21

☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31

☐ FG 32

☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang

☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung

☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP 7. Beschlussvorlagen

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1 ☐ Fachbereich 2 ☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer ☐ FG 11 ☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21 ☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31 ☐ FG 32 ☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang ☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung ☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP 7.1. Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2012

VO/2013/00899

Gemeinsame Beratung mit TOP 6.1, 7.2 und 7.3

Auf die Ausführungen unter TOP 6.1 wird verwiesen.

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Geschäftsjahr 2012 wird mit einer Bilanzsumme von € 2.792.907,41 und einem Jahresfehlbetrag von € 1.562.799,93 festgestellt.
2. Der Jahresfehlbetrag ist durch die Hansestadt Lübeck auszugleichen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14

Nein-Stimmen: 1

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer

☐ FG 11

☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21

☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31

☐ FG 32

☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang

☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung

☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP 7.2. Über- und außerplanmäßige Bewilligungen von Haushaltsmitteln zur nachträglichen haushaltsmäßigen Ordnung und Bilanzierung von Verbindlichkeiten von Verlustzuweisungen für die SeniorInneneinrichtungen für die Jahre 2010 bis 2012 nach Eigenbetriebsverordnung (EigVO)

VO/2013/00914

Gemeinsame Beratung mit TOP 6.1, 7.1 und 7.3

Auf die Ausführungen zu TOP 6.1 wird verwiesen.

Beschluss:

1. **Im Haushaltsjahr 2010** werden beim Produktsachkonto 3152015315000 SeniorInneneinrichtungen – Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke verbundener Unternehmen zur Bildung bilanzieller Verbindlichkeiten außerplanmäßig Haushaltsmittel in Höhe von 1.088.662,00 € gemäß § 95 d GO bewilligt .

Die Deckung erfolgt aus Minderaufwendungen im Haushaltsjahr 2010 beim Produktsachkonto 312101 5461100 SGB II / Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft/Heizung in Höhe von 1.088.662,00 €.

2. **Im Haushaltsjahr 2011** werden beim Produktsachkonto 3152015315000 SeniorInneneinrichtungen – Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke verbundener Unternehmen zur Bildung bilanzieller Verbindlichkeiten überplanmäßig Haushaltsmittel in Höhe von 663.130,33 € gemäß § 95 d GO bewilligt.

Die Deckung erfolgt aus höheren Erträgen im Haushaltsjahr 2011 beim Produktsachkonto 312901 4480000 Verwaltung SGB II / Erträge aus Kostenerstattung Bund in Höhe von 663.130,33 €.

3. **Im Haushaltsjahr 2012** werden beim Produktsachkonto 3152015315000 SeniorInneneinrichtungen – Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke verbundener Unternehmen zur Bildung bilanzieller Verbindlichkeiten überplanmäßig Haushaltsmittel in Höhe von 474.137,42 € gemäß § 95 d GO bewilligt.

Die Deckung erfolgt aus Minderaufwendungen im Haushaltsjahr 2012 beim Produktsachkonto 312101 5461100 SGB II / Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft/Heizung in Höhe von 474.137,42 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14

Nein-Stimmen: 1

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1 ☐ Fachbereich 2 ☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer ☐ FG 11 ☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21 ☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31 ☐ FG 32 ☐ FG 33

mit der Bitte um:

- ☐ zum Vorgang ☐ Rücksprache
- ☐ Erledigen mit Rückmeldung ☐ Wiedervorlage zum: _____
- ☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP 7.3. Wirtschaftsplan 2014 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen

VO/2013/00954

Gemeinsame Beratung mit TOP 6.1, 7.1 und 7.2

Auf die Ausführungen zu TOP 6.1 wird verwiesen.

Beschluss:

Für den Wirtschaftsplan 2014 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen werden festgestellt:

1. Es betragen

1.1 im Erfolgsplan €	die Erträge	23.930.500
	die Aufwendungen	24.807.600
	der Jahresgewinn	0
	der Jahresverlust	877.100

1.2 im Vermögensplan €

die Einzahlungen	auf 220.000
die Auszahlungen	auf 220.000

2. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf 0 €

2.1 der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung auf 0 €

2.2 der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 3.200.000 €

3. die Stellenübersicht 2013 (Anlage 8) nebst Änderungsliste (Anlage 8a).

Der Festsetzung des Wirtschaftsplans 2014 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen im Fachbereich 2 Wirtschaft und Soziales für das Geschäftsjahr 2014 wird gemäß Anlagen 1-10 im Rahmen der Haushaltssatzung 2014 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14

Nein-Stimmen: 1

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer ☐ FG 11 ☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21 ☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31 ☐ FG 32 ☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang ☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung ☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP 7.4. Produkthaushaltsplan 2014 mit Stellenplanänderungen 2014 für den Fachbereich Wirtschaft und Soziales

VO/2013/00992

Gemeinsame Beratung mit TOP 7.5 und 7.6

Der Vorsitzende schlägt vor, die Vorlagen 7.4, 7.5 und 7.6 ohne Votum zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Senator Schindler bittet in diesem Zusammenhang, Fachfragen zum Thema „Haushalt“ vor der nächsten Bürgerschaftssitzung zu stellen, damit diesbezüglich eine umfassende Klärung mit den Fachleuten aus dem Fachbereich möglich ist.

Frau Menorca stellt eine Frage zur Vorlage unter TOP 7.6 zur Abwicklung „BALI/JAW“; nach einigen Ausführungen verweist Herr Senator Schindler auf eine der nächsten Ausschusssitzungen. Frau Menorca teilt mit, sie werde unter TOP 12 „Verschiedenes“ ein Anliegen zu dieser Thematik vorbringen.

Frau Jansen hat Fragen zum Haushalt bereits schriftlich formuliert. Herr Senator Schindler sagt eine Beantwortung dieser Fragen zu.

Beschluss:

Der Bürgerschaft wird empfohlen, den Produkthaushaltsplan 2014 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Kenntnisnahme ohne Votum

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer

☐ FG 11

☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21

☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31

☐ FG 32

☐ FG 33

mit der Bitte um:

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

☐ zum Vorgang

☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung

☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP 7.5. Finanzplan/Investitionstätigkeiten 2014 - 2017

VO/2013/00989

Gemeinsame Beratung mit 7.4 und 7.6

Auf die Ausführungen zu TOP 7.4 wird verwiesen.

Beschluss:

In den Finanzplan 2014 werden die vom Bereich Haushalt und Steuerung empfohlenen Maßnahmen und Beträge des Rohentwurfs gemäß **Anlage 2** für das Jahr 2014 und für den mittelfristigen Zeitraum bis 2017 aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Kenntnisnahme ohne Votum

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer

☐ FG 11

☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21

☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31

☐ FG 32

☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang

☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung

☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP 7.6. Haushaltssatzung 2014 mit Stellenplanänderungen 2014

VO/2013/00991

Gemeinsame Beratung mit TOP 7.4 und 7.5

Der zu TOP 7.6 informell mitversandte Vorbericht des Bereiches 2.500 wurde vor Sitzungsbeginn in aktueller Fassung vom 04.11.2013 umverteilt und ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

Im Übrigen wird auf die Ausführungen zu TOP 7.4 verwiesen.

Beschluss:

1. Der **Produkthaushaltsplan** bestehend je Produkt aus der Produkthaushaltsseite, dem Ergebnisplan und dem Finanzplan inkl. der investiven Ein- und Auszahlungen und wird mit den Veränderungen lt.

Anlage 1 - Veränderungen aus Ausgleichsvorschlägen, Nachmeldungen und Fachausschussempfehlungen zum Ergebnisplan - **Spalte 11** -

Anlage 2 - Veränderungen aus Ausgleichsvorschlägen, Nachmeldungen und Fachausschussempfehlungen zum Finanzplan/Investitions- und Finanzierungstätigkeiten - **Spalte 10** - beschlossen.

- 1a. Die den Haushaltsanmeldungen zugrunde liegenden Maßnahmen aus den Maßnahmenlisten der Fachbereiche (**Anlage 4**) werden zur Kenntnis genommen. Der Bürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um die u.a. in dem Haushalt 2014 vorgesehenen Aufwendungskürzungen und damit verbundenen Minderauszahlungen bzw. die Ertragssteigerungen und die damit verbundenen Mehreinzahlungen zu realisieren.
2. Die Durchführungsbestimmungen (DB) zur Haushaltssatzung werden in der als **Anlage 0** beigelegten Fassung festgesetzt.
3. Aufgrund der §§ 95 ff der Gemeindeordnung (GO) wird nach Beschluss der Bürgerschaft vom und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde folgende Haushaltssatzung erlassen:

AUSSCHNITT

aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2013 - 2018 vom 05.11.2013

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 wird

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	638.181.100	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	716.112.600	EUR
	einen Jahresüberschuss von		
	einen Jahres fehlbetrag von	77.931.500	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	623.400.900	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	668.072.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	57.291.000	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	90.967.400	EUR

festgesetzt.

(Stand: gedruckter Entwurf 2014, aktueller Stand siehe ggf. Anlage 1 und 2a)

§ 2

Es werden festgesetzt:

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	35.480.300	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	32.847.100	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	550.000.000	EUR
4.	die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	3.196,42	Stand: 10/2013

§ 3

Die Hebesätze für die Realsteuern sind wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
	a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	400 %
	b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	500 %
2.	Gewerbsteuer	430 %

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 95 d Abs. 1 oder § 95 f Abs. 1 Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt **250.000 EUR**. Die Genehmigung der Bürgerschaft gilt in diesen Fällen als

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

erteilt. Der Bürgermeister ist verpflichtet, der Bürgerschaft mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten.

Mit Ausnahme der Eilentscheidungen des Bürgermeisters nach § 65 Abs. 4 GO ist bei einer beabsichtigten Verwendung von Budgetmitteln als Deckung für Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich eines anderen Fachausschusses auch eine vorbereitende Beratung im abgebenden Fachausschuss und im Falle widersprechender Empfehlungen der beteiligten Fachausschüsse das koordinierende Votum des Hauptausschusses einzuholen.

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

§ 5

Für die Wirtschaftspläne der **städt. SeniorInneneinrichtungen** werden festgesetzt:

		2014/EUR
1. im Erfolgsplan	die Erträge auf	23.930.500
	die Aufwendungen auf	24.807.600
	der Jahresverlust auf	877.100
2. im Vermögensplan	die Einnahmen auf	220.000
	die Ausgaben auf	220.000
3. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		0
4. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf		0
5. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf		3.200.000

§ 6

Der Gesamtbetrag für max. abzuschließende Zinsderivate wird für das Jahr 2014 auf **50 Mio. EUR** festgesetzt.

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am erteilt.

(Ende des Satzungstextes)

4. Grundsatzbeschluss zur Aufnahme von Kassenkrediten

Der Bürgermeister der Hansestadt Lübeck wird ermächtigt von der gesetzlich eingeräumten Möglichkeit der Aufnahme von Kassenkrediten über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende der mittelfristigen Ergebnisplanung Gebrauch zu machen.

5. Stellenplan

- 5.1 Der Stellenplan 2013 (3.185,50 Planstellen) wird zu dem Haushaltsjahr 2014 um die sich aus der **Anlage 5a** ergebenden Stellenplanänderungen (Veränderungsliste) ergänzt und in der sich daraus ergebenden Fassung als **Stellenplan für das Haushaltsjahr 2014** festgesetzt (3.196,42 Planstellen).
- 5.2 Die sich aus der Anlage **5b** ergebenden **Stellenplanveränderungen (Hebungen)** gem. erfolgter Bewertung werden im Stellenplan 2014 festgeschrieben.

6. Haushaltsbegleitbeschluss 2014

Die in der Anlage 6 genannten neuen Konsolidierungsmaßnahmen werden beschlossen. Der Bürgermeister wird beauftragt, alle erforderlichen Schritte zur Umsetzung dieser Konsolidierungsmaßnahmen einzuleiten, um die kalkulierten Haushaltsverbesserungen zu realisieren. Über die Umsetzung der Maßnahmen ist halbjährlich zu berichten.

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

Soweit es sich um strukturelle Maßnahmen im Sinne des Haushaltskonsolidierungsgesetzes des Landes S.-H. und der dazu erlassenen Richtlinien handelt, werden diese je nach Kassenwirksamkeit der Umsetzung Bestandteil des Konsolidierungskonzeptes 2012-2015 bzw. 2016-2018.

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Kenntnisnahme ohne Votum

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer

☐ FG 11

☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21

☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31

☐ FG 32

☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang

☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung

☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP 8. Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1 ☐ Fachbereich 2 ☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer ☐ FG 11 ☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21 ☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31 ☐ FG 32 ☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang ☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung ☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP 8.1. Resolution Frauenhausplätze
Überweisungsauftrag der Bürgerschaft vom 29.08.2013 an den Ausschuss für
Soziales

VO/2013/00907

Dieser Überweisungsauftrag wurde mit der Maßgabe der erneuten Beratung in der Bürgerschaft an den Ausschuss für Soziales überwiesen.

Herr Klinkel begründet noch einmal kurz den Antrag seiner Fraktion.
Es sprechen außerdem Frau Kehl, Frau Jansen, Frau Regier und Herr Schaffenberg.

Der Vorsitzende erklärt, einige Fraktionen seien an ihn herangetreten mit dem Anliegen, die Resolution inhaltlich mit allen Fraktionen abzustimmen. Dabei solle nicht die Zielrichtung der Resolution verändert werden, sondern lediglich der Wortlaut.
Die Angelegenheit werde dann in der nächsten Ausschusssitzung behandelt.

Beschluss:

Die Lübecker Bürgerschaft appelliert an die Landesregierung, die Finanzierung der Anzahl der Frauenhausplätze in Lübeck zu erhöhen mit dem Ziel die tatsächliche Platzzahl aus dem Jahr 2010 wieder zu erreichen. Dabei könnten in einem ersten Schritt zusätzlich zu den in Lübeck vorhandenen 55 Plätzen eine Aufstockung um 10 Plätze im Autonomen Frauenhaus und um 6 Plätze bei der Arbeiterwohlfahrt vorgenommen werden. Damit würden zunächst 71 Plätze von ehemals 82 Plätzen vom Land finanziert und die Platzkosten, die die Hansestadt Lübeck finanziert hat, würden nun endgültig vom Land übernommen. Eine weitere Aufstockung kann in kleinen Schritten jährlich erfolgen.

Wir bedanken uns bei den Mitarbeiterinnen des Autonomen Frauenhauses, die mit hohem, kräftezehrendem Einsatz bereit waren, alle Lübecker Frauen und ihre Kinder aufzunehmen, die bei ihnen Zuflucht suchten, und damit eine Belegung von zeitweilig über 130% in Kauf nahmen.

Es wird einstimmig beschlossen, den Antrag zurückzustellen mit der Zielsetzung, eine interfraktionelle Resolution zu entwerfen.

Die Angelegenheit wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer ☐ FG 11 ☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21 ☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31 ☐ FG 32 ☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang ☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung ☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP 8.2. Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft an den Jugendhilfeausschuss, den Ausschuss für Soziales und den Ausschuss für Schule und Sport betr. Aufteilung im Schulhelferpool

VO/2013/00967

Dieser Überweisungsauftrag wurde mit der Maßgabe der erneuten Beratung in der Bürgerschaft an den Ausschuss für Soziales überwiesen.

Es handelt sich hierbei um einen Auftrag, der von allen drei genannten Gremien beraten werden soll. Der Jugendhilfeausschuss als federführender Ausschuss wird die Empfehlungen des Ausschusses für Soziales und des Ausschusses für Schule und Sport in seiner Beratung berücksichtigen.

Frau Jansen führt kurz zu dem Antrag ihrer Fraktion aus.
Außerdem spricht Herr Senator Schindler.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, einen Bericht mit Auswertung zum Thema Schulhelfer zu erstellen. Folgende Punkte sollen dabei berücksichtigt werden:

- Die Aufteilung der Träger im Schulhelferpool nach Stadtteilen und dazugehörigen Schulen
- Die Anzahl der Schulhelfer nach Schulen
- Die Höhe der Zuschüsse der Hansestadt an die einzelnen Träger
- Wonach die Höhe des Zuschusses an die Träger berechnet wird
- Wie viele Stunden die Schulhelfer arbeiten
- Ob Eltern bei der Erstellung des Hilfeplans formal auf Ihren individuellen Hilfeanspruch verzichten
- Zahl und Art der bisher eingegangenen Beschwerden und an welchen Schulen diese vorkamen
- Ob die Integrationshelfer pädagogisches Fachpersonal sind

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14

Nein-Stimmen: 1

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt der Bürgerschaft, dem Antrag stattzugeben.

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer

☐ FG 11

☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21

☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31

☐ FG 32

☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang

☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung

☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP 9. Mitteilungen aus dem Fachbereich 2

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1 ☐ Fachbereich 2 ☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer ☐ FG 11 ☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21 ☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31 ☐ FG 32 ☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang ☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung ☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP 9.1. Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte
Sitzung Ausschuss für Soziales am 05.11.2013

VO/2013/00935

Die Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Herr Senator Schindler merkt dazu an, zu der Thematik „Koordinierungsstelle Ehrenamt“ finde Ende November ein Treffen mit Herrn Delius (ePunkt) statt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer

☐ FG 11

☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21

☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31

☐ FG 32

☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang

☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung

☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP 9.2. Asylsuchende in Lübeck

Frau Scharrenberg berichtet zum Thema Asylsuchende in Lübeck anhand einer Powerpoint-Präsentation.

Die entsprechenden Unterlagen sind der Niederschrift als Anlage 4 beigelegt.

Frau Menorca fragt an, was die Politik/der Ausschuss tun könne, um die Unterbringung der Asylsuchenden zu unterstützen.

Herr Senator Schindler erklärt, auch aufgrund der guten Zusammenarbeit mit der Lübecker Wohnungswirtschaft hätte bislang die Versorgung von Asylsuchenden mit Wohnraum gewährleistet werden können. Man sei laufend in Gesprächen mit diversen Wohnungsbauunternehmen, allerdings könnten diese zur Zeit keine weiteren Kapazitäten an verfügbarem Wohnraum zur Verfügung stellen.

Wegen der weiterhin hohen Zahlen von zugewiesenen Asylsuchenden nach Lübeck bestehe die Notwendigkeit, auch Unterbringungsformen wie Wohncontainer auf Umsetzbarkeit zu prüfen. Wohncontainer würden heutzutage über eine gute Ausstattung verfügen, seien aber eine kostenintensive Lösung und erforderten ein formales Verfahren im Bereich der Bauordnung.

In der Tat benötige die Verwaltung bei der Umsetzung solcher Lösungen Unterstützung, auch in der Öffentlichkeit.

Herr Kinkel fragt an, ob anstelle der Container nicht kleine Holzhäuser aufgestellt werden könnten.

Herr Senator Schindler erwidert, wie auch für die Container seien auch für Holzhäuser eine Infrastruktur sowie ein bauordnungsrechtliches Verfahren erforderlich; die Unterbringung in Containern solle nur zeitlich befristet sein. Ziel sei die Unterbringung der Asylsuchenden in festem Wohnraum.

Auf Nachfrage von Frau Jansen erklärt Frau Scharrenberg, minderjährige unbegleitete Flüchtlinge würden in der Regel durch die Jugendhilfe untergebracht; die entsprechende Zahl würde mit der Niederschrift nachgeliefert.

(Anmerkung außerhalb des Protokolls: Es handelt sich um 25 minderjährige unbegleitete Flüchtlinge per 30.09.2013)

Der Vorsitzende erteilt Herrn Mortezaei das Wort.

Dieser führt aus, Ziel solle die dezentrale Unterbringung der Asylsuchenden sein. Er bittet die Verwaltung um Unterstützung, dass mehr Migrationsberatung durchgeführt werden könne.

Herr Senator Schindler erwidert, bei grundsätzlich dezentralen Unterbringungen könne der Personalaufwand für die Beratung und Betreuung nicht gedeckt werden.

Das Lübecker Unterbringungskonzept für Asylsuchende sehe bereits die Unterbringung in kleinen dezentralen Wohnanlagen vor. Die ersten Wochen sei eine Unterbringung in den - qualitativ guten - Unterkünften sinnvoll und notwendig, da so die erforderliche Betreuung gewährleistet sei.

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

Eine Frage von Frau Gersdorf beantwortet Herr Kewitz.

Herr Petereit bittet um kontinuierliche differenzierte Berichterstattung; die aufgezeigte Entwicklung und die Zahlen seien erschreckend.

Der Vorsitzende schließt die Diskussion mit den Worten, im Ausschuss sollte eine gemeinsame Lösung für die aufgezeigte Problematik gefunden werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1 ☐ Fachbereich 2 ☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer ☐ FG 11 ☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21 ☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31 ☐ FG 32 ☐ FG 33

mit der Bitte um:

- ☐ zum Vorgang ☐ Rücksprache
- ☐ Erledigen mit Rückmeldung ☐ Wiedervorlage zum: _____
- ☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP 9.3. Prognostizierte Entwicklung im sozialen Wohnungsbau in den nächsten Jahren

Frau Scharrenberg stellt anhand einer Grafik die Entwicklung des geförderten Mietwohnungsbestandes seit 2003 mit einer Prognose bis 2040 (ohne Berücksichtigung von Neubauten) dar.

Danach sei die Anzahl zunächst von ca. 11.500 Wohneinheiten in 2003 auf ca. 10.000 Wohneinheiten in 2006 gesunken. Der Bestand an geförderten Wohnungen halte sich seitdem auf diesem Niveau, mit einem leichten Anstieg ab 2010.

Im Jahr 2014 werde es aufgrund gesetzlicher Neuregelungen zu einem weiteren Verlust von belegungsgebundenem Wohnraum von ca. 2.500 Wohneinheiten kommen. Dabei handele es sich um Wohnungen, die zu diesem Zeitpunkt eine Bindungszeit von 35 Jahren und mehr überschritten hätten. Allerdings gebe es hinsichtlich der Mietbindung eine Übergangsfrist bis Ende 2018.

Darüber hinaus könne der Wegfall teilweise durch Neubauten oder Modernisierungen bis 2018 im erwarteten Umfang von ca. 1.000 Wohnungen kompensiert werden.

Die Betrachtung des geförderten Wohnungsbaus könne allerdings nicht ohne Berücksichtigung des allgemeinen Wohnungsmarktes erfolgen. Hier spiele insbesondere die Frage nach dem Anteil des preisgünstigen Wohnraums eine Rolle.

Im neu erstellten Wohnungsmarktkonzept 2013, welches im März 2013 veröffentlicht worden sei und deren Kenntnisnahme durch die Bürgerschaft noch ausstehe, werde die Sicherstellung von gefördertem Wohnraum im heute bestehenden Umfang von ca. 10.000 Wohneinheiten empfohlen. Hintergrund dieser Empfehlung sei die Untersuchung des preisgünstigen Wohnraums auf der Basis der Mieten nach dem Wohngeldgesetz und den Wohnungsgrößen aus der sozialen Wohnraumförderung im Rahmen der Erstellung des Wohnungsmarktkonzeptes.

Danach zählen 91% des Gesamtmietwohnungsbestandes zum preisgünstigen Segment. Unter Berücksichtigung der Mietobergrenzen für LeistungsbezieherInnen nach dem SGB II und SGB XII entsprächen 68% der Mietwohnungen diesen Kriterien.

Grundsätzlich sei die Lage auf dem Lübecker Wohnungsmarkt entspannt, ein Bedarfsüberhang bestehe allerdings bei kleinen Wohnungen.

Dieser Bedarf werde im Rahmen der Steuerung des geförderten Wohnungsbaus berücksichtigt.

Herr Petereit fragt nach der Basisgröße für die genannten Prozentzahlen. Frau Scharrenberg sichert eine Antwort im Rahmen des Protokolls zu.

(Anmerkung außerhalb des Protokolls: Gesamtmietwohnungsbestand = 76.900)

Auf eine Anfrage von Frau Bade antwortet Herr Senator Schindler, die Wohnungsbaugesellschaften würden darauf achten, dass Angebote in Form von barrierefreien Wohnungen vorgehalten werden. Bei Bedarf wäre dort entsprechend nachzufragen.

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1 ☐ Fachbereich 2 ☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer ☐ FG 11 ☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21 ☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31 ☐ FG 32 ☐ FG 33

mit der Bitte um:

- ☐ zum Vorgang ☐ Rücksprache
- ☐ Erledigen mit Rückmeldung ☐ Wiedervorlage zum: _____
- ☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP 9.4. Information zum angekündigten Bereichsreport

In der Sitzung des Ausschusses am 03.09.2013 war für die heutige Sitzung die erneute Vorstellung des „Bereichsreports“ des Bereiches 2.500 angekündigt worden.

Herr Senator Schindler bittet den Ausschuss aufgrund des Umfangs der heutigen Tagesordnung um Zustimmung, diesen TOP in der Dezember-Sitzung zu behandeln.

Der Ausschuss ist einverstanden.

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer

☐ FG 11

☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21

☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31

☐ FG 32

☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang

☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung

☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP 10. Anfragen

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1 ☐ Fachbereich 2 ☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer ☐ FG 11 ☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21 ☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31 ☐ FG 32 ☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang ☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung ☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP **Verwendung von persönlichem Taschengeld**
10.1.

VO/2013/00939

Frau Roggensack erklärt auf die Anfrage von Frau Jansen folgendes:

Der Sozialhilfeträger zahlt HeimbewohnerInnen bei entsprechendem Hilfebedarf ein persönliches Taschengeld in Höhe von monatlich 103,14 €.

In den Fällen, in denen der Sozialhilfeträger den jährlich zu leistenden Zahlbetrag an die Krankenkasse für die Befreiung von der Zuzahlungspflicht darlehensweise übernommen hat, wird das monatliche Taschengeld gekürzt auf 99,32 € bei chronisch Kranken und auf 95,50 € bei nicht chronisch Kranken.

Der Barbetrag umfasst Aufwendungen für den persönlichen Bedarf wie z.B. Fußpflege, Friseur, Zigaretten, Zeitungen und Telefon.

Frau Schwartz betont, dass diese Regelung nicht nur die BewohnerInnen der SeniorInneneinrichtungen betrifft, sondern auch alle anderen SozialhilfeempfängerInnen in stationären Einrichtungen.

Eine Frage von Frau Kehl zur Anrechnung von Leistungen des Rententrägers für Kindererziehungszeiten in der Sozialhilfe beantwortet Frau Schwartz.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1 ☐ Fachbereich 2 ☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer ☐ FG 11 ☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21 ☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31 ☐ FG 32 ☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang ☐ Rücksprache
☐ Erledigen mit Rückmeldung ☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP 11. Anträge von Ausschüssen/Ausschussmitgliedern

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1 ☐ Fachbereich 2 ☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer ☐ FG 11 ☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21 ☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31 ☐ FG 32 ☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang ☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung ☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP 11.1.	Veröffentlichung der Richtlinien für die Gewährung der Sozialhilfe und für die Übernahme der Unterkunftskosten Antrag von Michelle Akyurt und Rolf Klinkel
----------------------	---

VO/2013/00998

Herr Klinkel begründet den von ihm und Frau Akyurt gestellten Antrag.

Dazu sprechen Frau Borso, Herr Senator Schindler und Frau Schwartz.

Herr Senator Schindler erklärt, es gebe eine interne Arbeitshilfe für die Verwaltung, die nicht für die Veröffentlichung im Internet vorgesehen sei.

Frau Schwartz führt dazu ergänzend aus, die sog. „Internen Bearbeitungshinweise“ seien eine Arbeitshilfe für die SachbearbeiterInnen, die u.a. Ermessensentscheidungen zu treffen hätten. Die entsprechenden Unterlagen seien in der Vergangenheit an die Mitglieder des Ausschusses verteilt worden.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Angelegenheit zu vertagen und die Verwaltung zu bitten, den Mitgliedern des Ausschusses die entsprechenden Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss möge beschließen:

Der Bürgermeister wird gebeten, dafür zu sorgen, dass die geltenden Richtlinien der Lübecker Sozialverwaltung für die Gewährung der Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) sowie die geltenden „Internen Bearbeitungshinweise Angemessenheit von Kosten der Unterkunft gem. § 22 SGB II und § 35 SGB XII“ im Internet veröffentlicht werden. Dem Sozialausschuss ist über die Umsetzung zu berichten.

Der TOP wird einvernehmlich vertagt.

Die Verwaltung wird gebeten, den Mitgliedern des Ausschusses die „Internen Bearbeitungshinweise“ zur Verfügung zu stellen.

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer ☐ FG 11 ☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21 ☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31 ☐ FG 32 ☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang ☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung ☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP 11.2.	KISS Antrag von Antje Jansen
----------------------------	---

VO/2013/00994

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vorgezogen und vor TOP 7 beraten.

Frau Jansen begründet ihren Antrag.

Herr Senator Schindler erklärt auf Nachfrage von Frau Jansen, eine entsprechende Einsparungsmaßnahme sei für das Jahr 2014 nicht vorgesehen. Dennoch müsse man sehen, ob es andere Lösungsansätze gebe.

Herr Senator Schindler bittet, die Angelegenheit auf eine der nächsten Sitzungen zu verschieben.

Beschluss:

Die Verwaltung möge über mögliche Absichten, die Betreuungsstelle KISS personell aus der Hansestadt Lübeck auszulagern, berichten.

Gleichzeitig wird gebeten, VertreterInnen der Gruppe PRO KISS als Sachverständige Personen in die Ausschusssitzung einzuladen, um dort zur Arbeit der KISS als Einrichtung der Hansestadt Lübeck Stellung nehmen zu können.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15

Der Antrag ist damit angenommen.

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1

☐ Fachbereich 2

☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer

☐ FG 11

☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21

☐ FG 22

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

FB 3: ☐ FG 31

☐ FG 32

☐ FG 33

mit der Bitte um:

☐ zum Vorgang

☐ Rücksprache

☐ Erledigen mit Rückmeldung

☐ Wiedervorlage zum: _____

☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013

TOP 12. Verschiedenes

Frau Menorca bittet die Verwaltung, über den Sachstand zum Thema „BALI/JAW“ zu berichten und dabei folgende Fragen zu beantworten:

- Was wird aus dem Mehrgenerationenhaus in Eichholz?
- Was passiert mit Gegenständen, deren Anschaffung gefördert wurde und die Bindungsfrist dieser Mittel noch nicht abgelaufen ist?

Herr Senator Schindler sagt zu, in einer der nächsten Sitzungen entsprechend zu berichten.

Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass die nächste Sitzung am 03.12.2013 um 16.00 Uhr in der SeniorInneneinrichtung Am Behnckenhof stattfindet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

☐ Fachbereich 1 ☐ Fachbereich 2 ☐ Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: ☐ Vorzimmer ☐ FG 11 ☐ FG 12

FB 2: ☐ FG 21 ☐ FG 22

FB 3: ☐ FG 31 ☐ FG 32 ☐ FG 33

mit der Bitte um:

- ☐ zum Vorgang ☐ Rücksprache
- ☐ Erledigen mit Rückmeldung ☐ Wiedervorlage zum: _____
- ☐ Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013 - 2018
vom 05.11.2013